

JANUAR '17 / NR. 1

RUNDBRIEF

INFORMATIONSBULLETIN DER GRÜNEN LUZERN



- › **THEMA:** 30 JAHRE GRÜNE LUZERN
- › **SPEZIAL:** JAHRESKALENDER 2017
- › **INTERNES:** NEUE CO-PRÄSIDENTIN, NEUER CO-PRÄSIDENT GESUCHT

30
GRÜNE
JAHRE
KANTON LUZERN

3

15

INHALT

Thema	
30 Jahre Grüne Luzern	3
Bund	
Abstimmungsvorlagen	7
Kanton Luzern	
Vorschau Kantonsratssession	10
Ortsgruppen	
Aus den Ortsgruppen	10
Spezial	
Unterschriftenbogen	
Musikschulreferendum	13
Internes	
Neue Co-präsidentin/neuer	
Co-präsident gesucht	15
Agenda / Parolen	16

IMPRESSUM

Rundbrief 1/17
Informationsbulletin der
Grünen des Kantons Luzern
Redaktion: Geschäftsleitung Grüne
Druck: SWS Medien AG Print
Gestaltung: Thomas Küng, kuenggrafik.ch
erscheint 4x jährlich
Auflage: 2400
Inserate: sekretariat@gruene-luzern.ch

EDITORIAL

30 JAHRE BEWEGUNG IN PARTEI



1987 trat das frisch gegründete Grüne Bündnis Luzern zum ersten Mal zu den kantonalen Wahlen an. Aus unserer Bewegung ist eine Partei geworden, die sich in den letzten 30 Jahren zuerst erfolgreich auf kantonaler und dann auf kommunaler Ebene etabliert hat. Seit 1991 stellen die Grünen sogar eine/n von zehn Luzerner Nationalräten/innen.

Nach dem intensiven letzten Jahr mit vielen Verpflichtungen nach aussen, haben wir in unserem Jubiläumsjahr zahlreiche Anlässe und Gelegenheiten, um uns mit uns Grünen selbst zu beschäftigen: Sind wir noch kreativ und frech wie die alten Abstimmungsplakate es uns zeigen? Wie viel Bewegung steckt in unserer Partei? Welche Schwerpunkte setzen wir uns auch für die Zukunft?

Wir haben in den letzten 30 Jahren viel erreicht, auf das wir sehr stolz sein können. Für viele brennende Fragen der aktuellen Zeit hatten wir bereits von Beginn an unsere Ideen und Lösungen zu bieten. Unseren Zielen sind wir treu geblieben: Wir haben uns für intakte, ökologische sowie soziale Lebensbedingungen in unserem nächsten Umfeld engagiert.

Der eingeklebte Kalender in der Mitte dieses Rundbriefs gibt einen Überblick über das Grüne Jubiläumsjahr 2017. Wie ein Bravo-Poster vor 30 Jahren lässt er sich heraustrennen und aufhängen: als Familien- oder WG-Planer und mit den eigenen wichtigen Daten ergänzt. Für die Digitalen gibt's den Kalender unter webcal://calendar.gruene-luzern.ch/gruene/caldav

Wir freuen uns auf gut besuchte und inspirierende Jubiläums-Anlässe mit dir. Solltest du an einem Anlass nicht teilnehmen können, so kann dir die Dokumentation auf 30-jahre.gruene-luzern.ch einen Eindruck über das Verpasste geben.

Alles Gute zum Geburtstag wünschen

Katharina & Maurus
Co-Präsidium Grüne Kanton Luzern

SCHWERPUNKT: 30 JAHRE GRÜNE LUZERN

30 JAHRE GRÜNE LUZERN

Vor 30 Jahren entstand eine neue politische Kraft im Kanton Luzern. Nach einem fulminanten Wahlsieg ging sie durch gute und weniger gute Zeiten. Die Grünen Luzern engagieren sich seit ihren Anfängen für intakte Lebensgrundlagen und eine gerechtere Gesellschaft. In dieser Zeit haben viele Köpfe bei den Grünen politisiert und bereits steht die nächste Generation bereit.

In den Nachwehen des jugendlichen Aufbruchs von 1968/69 bildeten sich auch in der Stadt Luzern in den 1970er-Jahren neue politische Gruppen, die das konservative Bürgertum herausforderten. Einige Aktivistinnen und Aktivisten begannen sich in Parteien zu organisieren und an Wahlen teilzunehmen. In Luzern war die 1973 gegründete Sektion der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) besonders erfolgreich, 1979 erreichte sie Fraktionsstärke im Grossen Rat.

Mit einer Kampagne gegen die «Zerstörung der Stadt» durch Shoppingcenter und Parkhäuser thematisierte die Luzerner POCH bereits im Geburtsjahr ein «grünes» Thema. Weil Luzern damals kein Universitätszentrum und die linke Konkurrenz schwach war, wurden die Theoriedebatten weniger intensiv erbittert geführt. Die «Pöchler» engagierten sich in Gewerkschaften und in sozialen Bewegungen, etwa für die Integration von Ausländern, für den Frieden oder gegen das geplante Atomkraftwerk Inwil. Zudem mischten viele junge Frauen mit. Ihr Ziel der Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen schloss auch die politische Auseinandersetzung in den eigenen Reihen ein.

GRÜNDUNG GRÜNES BÜNDNIS

Bei den Wahlen 1983 verabschiedete sich die POCH weitgehend von ihrer marxistischen Doktrin und setzte ganz auf die sozialen Bewegungen. Damit erreichte sie bereits 10 Sitze im Grossrat. Die Debatten um das Waldsterben, die Chemiekatastrophen von Bhopal und Schweizerhalle und das Reaktorunglück in Tschernobyl hielten die Umweltfrage auch in den Folgejahren auf dem obersten Platz des Sorgenbarometers. So lag es nahe, das «Grüne» als Leitmotiv für eine neue Partei zu nutzen. Das Grüne Bündnis Luzern, das im Herbst 1986 geplant wurde, war jedoch mehr als die POCH Luzern mit einem neuen Namen. Der Wahlauftritt sprach Aktivisten/-innen mit einem breiten Themenspektrum an. Vereinfacht gesagt, bot das Grüne Bündnis ein parteipolitisches Dach für die neuen sozialen Bewegungen, was in Luzern insbesondere die Engagierten der neuen Frauenbewegung, der Umwelt-, Friedens- und Solidaritätsbewegung ansprach.

Das Grüne Bündnis startete mit einem fulminanten Wahlsieg ins Jahr 1987. Die Partei holte aus dem Stand 14 Sitze im Grossen Rat. Zusammen mit Laura Gallati von der Unabhängigen Frauenliste und zwei Vertretern der Bunten Liste Sursee bildete das GB die drittgrösste Fraktion im Rat. Damit überholte es auch die Luzerner SP, die den einzigen linken Sitz im Regierungsrat verteidigte. Bei den Nationalratswahlen traten SP und Grüne erstmals mit einer Listenverbindung an. Es reichte dennoch nur für einen Sitz und dieser ging erneut an die SP. Seither nahmen die Grünen nicht nur ununterbrochen an allen Legislativwahlen teil, sondern nutzten auch Personenwahlen, um die Partei und ihre Themen breit bekannt zu machen.

ERSTES NATIONALRATSMANDAT

Eine heiss diskutierte Frage war jene nach der Organisation auf nationaler Ebene. 1983 wurden zwei grüne Dachorganisationen gegründet, die gemässigte Föderation der Grünen Partei der Schweiz (GPS) und die basisdemokratische Grüne Alternative der Schweiz. Das Luzerner Grüne Bündnis gehörte zu den treibenden Kräften der sogenannten «Melonen-Grünen», die in den Kantonen mit mehreren grünen Parteien aber gegenüber den moderaten «Gurken-Grünen» unterlagen. Nach dem Wahlerfolg 1987 traten grün-alternative Sektionen in die GPS ein, das Luzerner GB folgte diesem Beispiel 1990 nach langen internen Debatten. In der Folge traten nach und nach fast alle «Melonen-Grünen» in die GPS ein, die nach links rückte.

Die Wahlen 1991 brachten den Luzerner Grünen einerseits einen Dämpfer, die Abordnung im Grossen Rat reduzierte sich auf 13 Sitze, andererseits den lang ersehnten Triumph: Endlich gelang der Einzug in den Nationalrat. Wider Erwarten holte das Mandat allerdings nicht der langjährige Parteileader Peter Mattmann, sondern die zweite Spitzenkandidatin Cécile Bühlmann. 1993 wurde sie Fraktionschefin der Grünen im Bundesparlament und damit zu einer der bekanntesten grünen Politikerinnen der Schweiz. Sie profilierte sich unter anderem in den Bereichen Antirassismus, Migration und Integration.



SCHWIERIGE 90ER-JAHRE

In den 1990er-Jahren lief es den Grünen als Partei weniger gut. Die schlechtere Wirtschaftslage verdrängte Umweltthemen von der Prioritätenliste vieler Wähler/innen. Mit sozialen Themen und ihrer klaren Positionierung in der Europafrage überzeugte die SP mehr, während die Parolen der Grünen nicht immer verständlich waren. Insbesondere das Nein der Deutschschweizer Grünen zur NEAT und zum EWR-Vertrag sorgte parteiintern für tiefe Gräben und schwächte die Bewegung. Auf der anderen Seite des parteipolitischen Spektrums setzte der Siegeszug der «neuen SVP» ein, die im Kanton Luzern innert weniger Jahre zur zweitstärksten Partei aufstieg.

Das Grüne Bündnis fiel 1995 auf 11 Sitze im Grossen Rat zurück. Mit kantonalen Initiativen etwa im Gesundheitsbereich hielt sich das GB im Gespräch. Die Reduktion des Kantonsparlaments von 170 auf 120 Sitzen traf die Partei schwer, 1999 erreichte sie 7 Sitze, 2003 noch 6. Doch selbst in den weniger erfolgreichen Wahljahren gelang es dem GB, den Sitz im Nationalrat zu halten. Und im Jahr 2000 ging die Dominanz der Traditionsparteien CVP und FDP im Luzerner Stadtrat zu Ende. Mit Ruedi Meier wurde der erste Grüne in die Exekutive gewählt.

KONSOLIDIERUNG IN DEN 00ER-JAHREN

Es war kaum nur der «Jahrhundertssommer», der den Grünen ab 2003 neue Wahlerfolge bescherte. Vielmehr ging es bei den damaligen Debatten um die Globalisierung, den Klimawandel, die Gentechnologie oder die Pläne von neuen AKW allesamt um Themen, die von den Grünen schon lange thematisiert worden waren. In der Folge legten die Luzerner Grünen 2007 bei den Wahlen auf 9 Sitze im Kantonsrat zu. Und Rosa Rumi verdrängte gar den amtierenden SVP-Finanzdirektor auf die hinteren Ränge. Leider reichte es im zweiten Wahlgang nicht für den Einzug in den Regierungsrat. Mit 9,5% bei den Nationalratswahlen erreichten die Luzerner Grünen 2007 ein neues Bestergebnis, als die Partei auch gesamtschweizerisch beinahe die 10%-Marke knackte.

Seit 2006 treten die Grünen nicht mehr als Bündnis, sondern nur noch als Grüne Luzern auf. Mit dem Namen und im Erscheinungsbild glichen sie sich der nationalen Ebene an. Ebenfalls seit 2006 vertritt Louis Schelbert die Luzerner Grünen in Bern. Im Jahr 2008 entstand daneben eine Sektion der Grünliberalen. In Zürich ging die Partei aus einer Abspaltung der Grünen hervor, in Luzern aber bestand sie aus neuen Gesichtern. So gingen die Erfolge der Grünliberalen im Jahr 2011 auch nicht zu Lasten der Grünen. Im Gegenteil; kurz nach der AKW-Katastrophe in Fukushima legten auch die Grünen bei den Kantonsratswahlen beim Wähleranteil zu, jedoch übersetzte sich dies nicht in zusätzliche Mandate.

In den letzten Jahren zeigte sich die Grundtendenz, dass die nationale Ebene für die Medien und die Wählerschaft an Bedeutung gewinnen. Dem Rückgang bei den Nationalratswahlen 2011 folgte eine Reihe von Niederlagen in kantonalen Wahlen, 2015 waren auch in Luzern zwei Sitzverluste zu beklagen. Bei Abstimmungen konnten die Grünen in unterschiedlichen Allianzen (Teil-) Erfolge verbuchen, auf Bundesebene etwa bei der Zweitwohnungsinitiative, der Bahnfinanzierung FABI oder der Verhinderung der Kampfflugzeuge Gripen, im Kanton Luzern mit dem Gegenvorschlag zur Pauschalbesteuerungs-Initiative oder in der Stadt Luzern bei der Finanzierung des Tiefbahnhofs oder der Rettung des ZHB-Gebäudes im Vögeligärtli.

Insbesondere in Städten und Agglomerationen sind die Grünen mittlerweile gut etabliert. Das zeigt sich auch im Kanton Luzern. 2012 konnte der Sitz im Luzerner Stadtrat von Adrian Borgula erfolgreich verteidigt werden. Schon seit 2004 amtiert Cyrill Wiget als Gemeinderat von Kriens. 2015 wurde der Velofachhändler zum ersten grünen Gemeindepräsidenten einer Luzerner Kommune gewählt. 2016 legten die Grünen auch bei den Wahlen in den Grossen Stadtrat und in die Einwohnerräte von Emmen und Kriens zu, ebenso wie die rot-grüne L20 in Horw.

Die erste Politikergeneration der Grünen mit Wurzeln bei der POCH und anderen Gruppen ist inzwischen in Pension. Ihr folgte eine zweite Generation, die auf den grünen Aufbruch der 1980er-Jahre zurückgeht. Längst ist die dritte Generation engagiert; 2004 entstand mit den Jungen Grünen gar eine eigene Jugendpartei. Ihre Luzerner Sektion ist eine der stärksten, mit Judith Schmutz stellt sie seit letztem Jahr die Co-Präsidentin. Für den Nachwuchs der Grünen Luzern ist also gesorgt. Auch dieser arbeitet unermüdlich daran, die grünen Visionen in die Tat umzusetzen.

Raffael Fischer
Historiker, Vorstand Grüne, Kottwil



30jahre.gruene-luzern.ch

SCHWERPUNKT: 30 JAHRE GRÜNE LUZERN

«NEIN, ICH BENUTZE KEIN DEO, ICH RIECHE DOCH SELBST SCHON GUT».

Behertzt, rebellisch und sehr erfolgreich: Renata Maria Meile prägte die ersten Jahre der Grünen in Luzern mit. Ein Blick zurück und in die Zukunft mit einer grünen Vorkämpferin der ersten Stunde.

Gian: Dein Engagement für eine gerechtere Welt, wo hat es begonnen?

Renata: Auf dem Schulhof: Ich hatte schon als Kind ein Herz für Menschen, die ausgegrenzt werden. Ich habe mich immer für die Schwächeren eingesetzt und mit ihnen Freundschaft geschlossen. Wenn jemand geprügelt wurde, dann bin ich stets dazwischen gegangen, obwohl ich meist kleiner als die anderen war.

1979 wurdest du für die POCH in den 170-köpfigen Grossrat gewählt. Wie würdest du die Ratskultur beschreiben?

Sie war männergeprägt und man durfte nur Hochdeutsch reden. Die Kantonsräte waren alle sehr konventionell gekleidet. An festlichen Anlässen gab es für Männer sogar die Kleidervorschrift «Anzug mit weichem Hut». Niemand unserer Fraktion hat sich je an solche Vorschriften gehalten. Als junge Frau mit langen Haaren und bunten Kleidern fiel ich völlig aus dem Rahmen. Mit unseren fünf Ratsmitgliedern hatten wir Fraktionsstärke. Wir alle hielten gleich am ersten Ratstag beherrschte Voten und zwar auf «Buurätütsch». Das war ein ungeheurer Verstoß gegen das Etikett. Ein ungeschriebenes Gesetz sah vor, die ersten zwei Jahre ausschliesslich zuzuhören und zu schweigen. Ich zum Beispiel wettete gegen ein Postulat, das die Aufhebung der Dividendenbesteuerung verlangte. Die damalige CVP-Kantonsrätin und spätere Nationalratspräsidentin Judith Stamm erzählt heute noch davon, wie beeindruckt sie war, als diese junge Renata aufgestanden sei und mit erhobener Faust wild gestikulierend ihre Argumente vortrug.

1983 hast du für den Regierungsrat kandidiert und mit deiner Kampagne für viel Aufsehen gesorgt.

Ich wurde zu einem Radiopodium eingeladen, bei dem das Publikum telefonisch Fragen stellen konnte. Da meine Kandidatur eine Provokation darstellte und für viel Aufmerksamkeit sorgte, wurden mir die meisten Fragen gestellt. Eine kritische Frage betraf den Widerspruch zwischen Konsum und Nachhaltigkeit: Wie ich mich für die Umwelt einsetzen und gleichzeitig umweltschädliche Deodorants verwenden könne? Meine Antwort hatte viele verblüfft und beeindruckt: «Nein, ich benutze kein Deo, ich rieche doch selbst schon gut». Zwar wurde ich erwartungsgemäss nicht als Regierungsrätin gewählt, aber mein Resultat war bemerkenswert.

Warum hat die POCH sich 1986 zur Gründung des Grünen Bündnisses entschieden?

Unsere fundierte, engagierte und aktionsstarke Politik hat zunehmend mehr Leute von unseren Anliegen überzeugt. Aber damals war es ein mutiger Schritt, sich offiziell zur POCH zu bekennen. Es gab zum Beispiel das praktizierte Berufsverbot für POCH-Lehrer, wir hatten Schwierigkeiten eine Wohnung zu finden und waren auch anderen Diskriminierungen ausgesetzt. So war es nachvollziehbar, dass für viele Sympathisanten ein Parteibeitritt fast nicht möglich war. Wenn wir weiter wachsen wollten, war eine Öffnung unumgänglich.

Als das Grüne Bündnis vor rund 30 Jahren zum ersten Mal zu den Kantonsratswahlen antrat, hat es auf Anhieb 16 Mandate gewonnen. Wie kannst du dir das super Ergebnis erklären?

Die Öffnung brachte neue Leute, Ideen und viel Power. Es entstand eine grosse Bewegung. Es war ein weit-sichtiger Akt, dass sich zwei bestehende Parteien, die POCH und die SAP (Schweizer Arbeiterpartei), und viele Parteiunabhängige zu einer Bewegung zusammenschlossen. Für mich war deshalb der Erfolg nicht überraschend. Die langjährig fundierte Parlamentsarbeit der POCH, die Mitarbeit der SAP und vor allem die vielen neuen und jungen, unverbrauchten Köpfe auf unseren Listen, insbesondere auch auf den ländlichen, ermöglichten die sensationellen Sitzgewinne in allen Wahlkreisen ausser im Entlebuch. Für viel Aufsehen sorgte auch unser Gewinn im Wahlkreis Willisau, wo erstmals nicht sämtliche Sitze an die bürgerlichen Parteien gingen.

Was war der gemeinsame Nenner in diesem Bündnis?

Das Waldsterben, die masslose Strassenbauerei, Tschernobyl 1986 und das Engagement für soziale Gerechtigkeit, demokratische Rechte und die Gleichstel-



lung der Frau waren entscheidende Einiger. Umwelt-, Sozial- und Frauenpolitik stellten somit die programmatischen Schwerpunkte des Grünen Bündnisses – das hat sich heute im Vergleich zu damals kaum geändert.

Was bedeute die Gründung des Grünen Bündnisses für dich?

Für mich war das Zustandekommen des Grünen Bündnisses weitsichtig und ermöglichte, unsere Ideen noch mehr Menschen nahe zu bringen. Das war ein Erfolg und gab denen Recht, die für die Öffnung eingetreten waren. Nach den Wahlen von 1987 war ich noch die einzige Bisherige in der neuen 16-köpfigen Fraktion. Das bürdete mir viel Hintergrundarbeit auf: die neuen Fraktionsmitglieder mit der Ratstätigkeit vertraut machen, fundierte Informationen über die hängigen Ratsgeschäfte vermitteln, motivieren und Support geben. Zwei Jahre verblieb ich noch im Kantonsrat bis ich dann 1989 nach 10 Jahren zurücktrat. Es war an der Zeit, mich neuen Aufgaben zu widmen.

Die POCH-Jahre waren wild und rebellisch. Sind wir etwas zahm geworden?

Nicht unbedingt, aber wir haben eine andere Aufgabe erhalten. Der Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte bedroht viele unserer Errungenschaften. Dadurch ist es schwieriger geworden, so agitativ wie die POCH aufzutreten. Wir sind heute in einer Verteidigungsposition. Das ist eine viel schwierigere und unattraktivere Arbeit. Wir müssen uns überlegen, ob wir in dieser Rolle verharren wollen oder ob wir nicht wieder vermehrt agieren und unsere Visionen und deren konkrete Umsetzung diskutieren und unter die Leute bringen sollten. Aber Kritik am Status Quo ist immer einfacher als Wege aufzuzeigen, wie man es besser machen könnte.

Was magst du den Grünen zum 30. Geburtstag mit auf den Weg geben?

Bewahrt die Offenheit, haltet nicht stur an alten Vorstellungen fest! Es ist wichtig, die jetzt veränderte Situation neu zu analysieren und alte Rezepte zu hinterfragen. Nur so können wir adäquat in einer komplexen und weltumspannenden Realität lokal und weitsichtig handeln. Ich wünsche mir mehr interne Debatten über unsere thematische Ausrichtung in einer offenen Atmosphäre und ohne partiell andersdenkende Mitglieder zu diskreditieren. Ganz wichtig und toll finde ich das Engagement der jungen Generation in unserer Partei. Ich bin froh um diese Jungen und wünsche mir mehr von ihnen in den Parlamenten!

Renata Meile
ehemalige Grossrätin Grüne, Luzern

Gian Waldvogel, Luzern



30jahre.gruene-luzern.ch



VOLKSABSTIMMUNG VOM 12. FEBRUAR 2017

NEIN ZUR MASSLOSEN STEUERSENKUNG FÜR UNTERNEHMEN

Eine Unternehmenssteuerreform (UStR) zur Abschaffung der Holdingprivilegien ist nötig. Der Druck der OECD ist gross, dass die Gewinne dort versteuert werden, wo sie anfallen. Viele Holdings und andere Spezialgesellschaften sind aber in die Schweiz gelockt worden, um hier Steuern zu sparen. Das muss aufhören.

Doch die vorliegende UStR III ist abzulehnen. Statt sie aufkommensneutral auszugestalten, ist es eine Steuer-senkungsvorlage mit Milliardenkosten zulasten der Bevölkerung geworden. Sie ist kein Kompromiss, wie Bundesrat Ueli Maurer und die Parlamentsmehrheit behaupten, sie ist ein Diktat der politischen Rechten mit schädlichen Folgen für die Schweiz. Wenige profitieren, aber alle sollen zahlen. So geht es nicht.

Hohe Ertragsausfälle ohne Kompensation: Den Bund kostet die UStR III mindestens 1,3 Mrd. Franken. Die Ausfälle bei den Kantonen sind nochmals mindestens so hoch. Die tatsächliche Höhe ist aber nicht bekannt. Die vom Bundesrat versprochene Gegenfinanzierung gibt es kaum. Wir erinnern uns: Die Unternehmenssteuerreform II führte zu nicht deklarierten Milliardenausfällen. Das darf sich nicht wiederholen. Denn die Folge ist dort wie hier: ein Abbau staatlicher Leistungen zulasten der Bevölkerung. So weit darf es nicht kommen.

Verschieben der Steuerlast von Unternehmen hin zu natürlichen Personen: Die Schweiz hat im internationalen Vergleich sehr tiefe Unternehmenssteuern. Weitere Senkungen sind nicht nötig, ja schädlich. Drei Viertel der Steuerersparnisse durch die UStR III würden ins Ausland fließen. Generelle Steuer-senkungen zielen nicht auf die Lösung des Problems, sondern bedienen alle Unternehmen, verbunden mit grossen Mitnahmeeffekten. Bezahlen müsste dies die Bevölkerung, bezahlen müsste dies der Mittelstand. Das muss verhindert werden.

Anheizen des Steuerwettbewerbs zwischen Kantonen: Gewinnsteuersenkungen mit der Giesskanne und neue Steuergeschenke wie die zinsbereinigte Gewinnsteuer in einigen Kantonen sind ein Fass ohne Boden und zwingen trotzdem fast alle anderen nachzuziehen. Die nicht kalkulierten Ausfälle würden die Finanzsituation vieler Kantone verschärfen. Ausbaden müsste dies die Allgemeinheit mit höheren Steuern, steigenden Gebühren und explodierenden Prämien. Das ist abzulehnen.

Louis Schelbert, Nationalrat Grüne, Luzern

Die Parole wurde nach Redaktionsschluss an der Mitgliederversammlung vom 10. Januar gefasst und ist auf der Website der Grünen zu finden.



FONDS FÜR DIE NATIONALSTRASSEN UND DEN AGGLOMERATIONSVERKEHR

KEINE MILLIARDE MEHR FÜR DEN STRASSENBAU

Um die Nationalstrassen- und Agglomerationsprojekte finanzieren zu können, haben Bundesrat und Parlament einen Fonds (NAF Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds) geschaffen. Der NAF dient dazu, das Nationalstrassennetz fertigzustellen, Engpässe zu beseitigen und Projekte in den Agglomerationen zu verwirklichen. Mit dem Fonds werden neben dem Ausbau neu auch Betrieb und Unterhalt finanziert.

1. KEIN BYPASS IN LUZERN

Der NAF zieht ein Ausbauprogramm nach sich. Mit den neuen Mitteln, wird es keine Probleme geben den knapp 2 Milliarden teuren Bypass in Luzern zu finanzieren. Dieser beinhaltet den Ausbau der Nationalstrassen N14 und N2 (Buchrain bzw. Rothenburg bis Hergiswil) auf durchgehend 3 Spuren, den Bau des Bypasses (vierspüriger Tunnel), als redundantes System zum bestehenden Cityring (total 10 Spuren im Berg), und fordert die Spange Nord, einen Autobahnzubringer mitten durch die Quartiere. Dadurch wird das Stadtzentrum Luzern kaum entlastet, denn neue Strassen verursachen Mehrverkehr und werden die Abnahme gleich wieder auffüllen.

2. KEIN RAUBZUG AUF DIE BUNDESKASSE

Mit dem NAF wird rund 1 Milliarde Franken pro Jahr zusätzlich für die Strasse zur Verfügung gestellt. Rund 200 Millionen Franken tragen die NutzerInnen über die Erhöhung des Mineralölsteuereinzugs um vier Rappen (frühestens ab 2019). Zusätzlich kommen neue

Abgaben von Elektroautos und Kompensationen der Kantone dazu (ab 2020). Zu den neuen Quellen gehören die Erträge aus der Automobilsteuer (400 Millionen) und 10 Prozent der Einnahmen aus der Mineralölsteuer. Diese beiden Beträge ergeben jährlich rund 650 Millionen Franken. Sie flossen bisher in die Bundeskasse und sollen neu zweckgebunden in den NAF gehen. Bei einer Annahme des NAF würde dieses Geld in der Bundeskasse fehlen. Das würde insbesondere Kürzungen im Bereich öV, Bildung, Soziales und Landwirtschaft bedeuten.

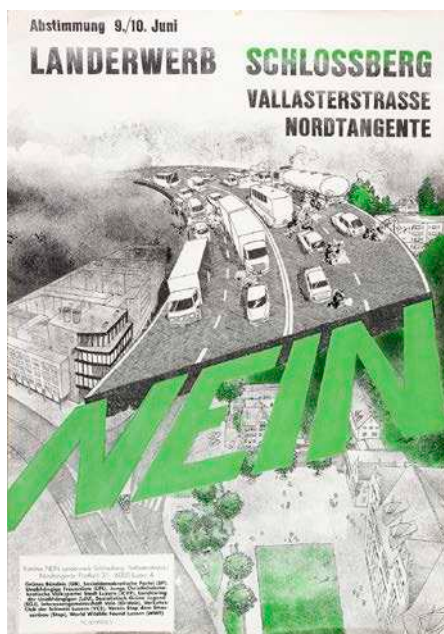
Zusammen mit den bisherigen zweckgebundenen Quellen (Erträge aus dem Mineralölsteuereinzug und der Autobahnvignette) stehen dem bereits heute üppigen Fonds so jährlich rund 3 Milliarden Franken zur Verfügung.

3. AGGLOMERATIONSPROGRAMME KÖNNEN AUCH OHNE NAF WEITERGEFÜHRT WERDEN

Mit dem NAF werden die Beiträge an die Agglomerationsprogramme, mit denen auch der Fuss- und Veloverkehr und der öV gefördert werden, weiter ausbezahlt. Diese Beiträge werden heute aus dem Infrastrukturfonds geleistet und sind befristet. Die Befristung der Beiträge an die Agglomerationsprogramme kann aber auch ohne den NAF aufgehoben werden.

Monique Frey
Geschäftsleiterin VCS

Die Parole wurde nach Redaktionsschluss an der Mitgliederversammlung vom 10. Januar gefasst und ist auf der Website der Grünen zu finden.



ERLEICHTERTE EINBÜRGERUNG FÜR DIE 3. GENERATION

EINE KLEINE ERLEICHTERUNG

Es ist immer wieder schwer nachvollziehbar, dass Menschen, die sich Demokraten nennen, anderen die politischen Rechte vorenthalten wollen.

Sie sind Einheimische, sie sind dies zeit ihres Lebens. Sie sind hier geboren, sie sind hier aufgewachsen, wie auch ihre Eltern schon viele Jahre hier gelebt haben, da ein Grossvater/eine Grossmutter schon vor Jahrzehnten in die Schweiz eingereist ist. Irgendwann in den 1960er, vielleicht auch 1970er-Jahren.

Aber vor dem Gesetz gelten diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen als «Ausländer/Ausländerin». Einer der Gründe, warum sie noch immer nicht die Staatsbürgerschaft haben, ist das hürdenreiche, gelegentlich despektierliche und zunehmend auch teure Einbürgerungsverfahren, das sich ihre Eltern nicht antun wollten.

Am 12. Februar 2017 stimmen wir über eine Verfassungsbestimmung ab, die die erleichterte Einbürgerung für Einheimische dieser «3. Ausländergeneration» vorsieht. National- und Ständerat haben auch das dazugehörige Gesetz bereits ausgearbeitet. Es sieht vor, dass die einbürgerungswilligen jungen Leute in der Schweiz geboren worden sein müssen, ebenso müssen sie auch hier mindestens fünf Jahre die obligatorischen Schulen besucht haben. Aber noch nicht genug, mindestens ein Elternteil muss in der Schweiz geboren worden sein, sowie wie sich mindestens zehn Jahre in der Schweiz aufgehalten und mindestens fünf Jahre die Schule besucht haben. Aber noch immer nicht genug, die einbürgerungswilligen Jungen müssen glaubhaft machen können, dass mindestens ein Grosseltern-Teil

sich bereits in der Schweiz rechtmässig aufgehalten hat oder gar hier geboren worden ist.

Viele Hürden also. Nur rund 4'000 bis 5'000 Menschen werden jährlich davon profitieren können. Nicht viel, aber immerhin. Zur Erinnerung: In der Schweiz leben zurzeit mehr als zwei Millionen Menschen ohne Schweizerpass.

Diese jungen Einheimischen der 3. Generation sollen nun die Möglichkeit erhalten, «erleichtert» eingebürgert zu werden. So wie dies bereits Staatenlose wie auch Verheiratete tun können. Will heissen: Sie müssen persönlich einen Antrag stellen. Sie müssen die Bedingungen erfüllen. Sie unterliegen neu aber bundesweit einheitlichen Regeln. Das ist vor allem für den Kanton Luzern ein Fortschritt: Er ist der einzige Kanton, der – ausser in einigen Gemeinden – keine Einbürgerungserleichterungen für junge Menschen kennt.

Am 12. Februar 2017 – JA zu erleichterten Einbürgerung für die 3. Generation.

Hans Stutz

P.S.: Weitergehende Informationen:
www.dritte-generation.ch

Die Parole wurde nach Redaktionsschluss an der Mitgliederversammlung vom 10. Januar gefasst und ist auf der Website der Grünen zu finden.



ZWEI FREMDSPRACHEN AUF DER PRIMARSCHULSTUFE

Ende Januar wird die Volksinitiative «keine Fremdsprache auf der Primarstufe» debattiert. Diese fordert das Gesetz über die Volksschulbildung des Kantons Luzern so abzuändern und auszugestalten, dass auf der Primarstufe für den Fremdsprachenunterricht im ganzen Kanton Luzern folgende Regel gilt: «Auf der Primarstufe wird eine Fremdsprache unterrichtet.» Es wird nicht festgelegt ob Französisch oder Englisch. Die Kantonsratsfraktion der Grünen ist grossmehrheitlich gegen die Initiative.

BILDUNGSHARMONISIERUNG

Die zwei Fremdsprachen auf der Primarschulstufe wurden erstmals 2004 von der EDK lanciert und 2014 bestätigt. Im 2006 hat dann das Schweizervolk (auch die Luzerner StimmbürgerInnen) in der Verfassung den Artikel zur Bildungsharmonisierung klar angenommen. Daraus wurden die Reformprojekte Harnos und Lehrplan 21 abgeleitet, welche wiederum die zwei Fremdsprachen auf der Primarschulstufe aufnehmen.

Dass auf der Primarschulstufe zwei Fremdsprachen unterrichtet werden, ist also der Normalfall. Zwar sind verschiedene Initiativen in Deutschschweizer Kantonen dagegen hängig. Doch die, welche bereits zur Abstimmung kamen, wurden abgelehnt. Eine Einspracheninsel wollen wir nicht sein. Das ist wirtschaftlich, kulturell und auch fürs Bildungsniveau unserer Kinder negativ.

Was passiert, wenn wir nun in der Primarschule nur noch Französisch unterrichten würden. Dies führt sicher dazu, dass Schulen boomen, welche Englischsprachkurse für Kinder anbieten. Doch davon profitieren werden wenige Kinder von gut situierten Eltern, die sich das leisten können.

Zugestimmt haben wir einem Vorstoss, dass für schwächere SchülerInnen die Lernziele für Sprachen auch in der Primarschule angepasst werden können. Doch es wird für diese nicht einfacher, wenn sie erst in der Oberstufe, mit nochmals mehr Druck zwei Fremdsprachen lernen müssen, um für eine Ausbildung bereit zu sein.

MEHRSPRACHIGKEIT ALS CHANCE

Die Schweiz hat eine grosse Chance. Sie ist mehrsprachig. Nutzen wir doch das. Ein Austausch zwischen den Sprachregionen ist so einfach wie kaum in einem anderen Land. Es ist aber nicht nur eine Chance, sondern auch eine Verpflichtung. Durch das Erlernen einer anderen Landessprache tragen wir zum Zusammenhalt unseres Landes bei. Erlernen heisst ja nicht nur eine bessere Verständigung auf Italienisch oder Französisch sondern auch gegenseitiges Besuchen bis hin zu mehrmonatigen Aufenthalten in Partnerschulen, Praktikum, Lehre oder Studium. Dies muss in Zukunft noch stärker gefördert werden. Reines Vokabeltraining finden auch wir nicht zukunftsweisend.

Das Fazit: Heute ist Mehrsprachigkeit in unserer Gesellschaft normal. Englisch ist nicht mehr wegzudenken und Französisch muss man im Minimum verstehen. Darauf können wir unsere Kinder bereits in der Primarschule vorbereiten. Eintauchen in eine Welt mit verschiedenen Sprachen ermöglicht ihnen ein stressfreies Herantasten an Sprachen und wird die Freude daran vermitteln.

Ali R. Celik, Kantonsrat Grüne, Luzern

NEWS AUS EMMEN

BODEN BEHALTEN – EMMEN GESTALTEN

Die Mehrheit aus SVP und FDP zwingt die Emmer Stimmbevölkerung knapp ein Jahr nach der gewonnenen Bodeninitiative noch einmal an die Urne. Das Umsetzungsreglement ist im Sinne der Grünen. Es umschreibt die Haltung der Gemeinde zu einer nachhaltigen und langfristigen Bodenpolitik. Mit dem Reglement kann die Gemeinde Emmen eine aktive Bodenpolitik betreiben, die eine Gestaltung unseres Lebensraumes zulässt und nicht bloss der Finanzpolitik. Grundstücke im Besitz der Gemeinde Emmen dürfen mit einer Annahme nicht mehr verkauft werden.

Die Abstimmung wird eine knappe Angelegenheit, daher unbedingt breit mobilisieren für diese Vorlage.

Andreas Kappeler
Einwohnerrat Grüne, Emmen

**Reglement über die
Grundstücke im Eigentum
der Gemeinde Emmen**



NEWS AUS HOCHDORF

BODEN BEHALTEN – HOCHDORF GESTALTEN

Der Verein Aktives Hochdorf (VAH) und die SP Hochdorf lancieren gemeinsam eine Hochdorfer Bodeninitiative.

ZIEL DER INITIATIVE

Hochdorf verkauft gemeindeeigenes Land nicht mehr, sondern vergibt es im Baurecht. Zulässig ist lediglich der Tausch oder der Verkauf von Liegenschaften, wenn ein gleichwertiger Ersatz erworben wird. Eine Abgabe im Baurecht generiert dauerhafte und langfristig höhere Erträge als sie bei einem Landverkauf einmalig anfallen. Zudem kann die Gemeinde langfristig über die Verwendung des Bodens mitbestimmen.

INSTRUMENT ZUR GESTALTUNG DER GEMEINDE

Das Land bleibt auch in Zukunft in der Hand der Gemeinde: zum Beispiel für den privaten Wohnungsbau, für Dienstleistungen, für das Gewerbe, für die Produktion und für die Schaffung von Erholungsraum. Die Gemeinde braucht Handlungsspielraum um ökologische, soziale und wirtschaftliche Kriterien berücksichtigen zu können.

FINANZIELL NACHHALTIG

Mit der Initiative wollen SP und VAH sicherstellen, dass die Gemeinde Hochdorf nicht aus kurzfristigen finanziellen Überlegungen Land aus ihrem Besitz verkauft. Dass bei Landverkauf die Bevölkerung von Hochdorf sensibel reagiert, zeigte sich bei der Abstimmung im März 2015, als man Land für den Bau eines Kindergartens verkaufen wollte.

Mittels Baurechtverträgen wird Investoren Land zur Verfügung gestellt, welches diese während der Vertragsdauer (30 – max. 100 Jahre) nutzen und bebauen können. Baurechtsverträge sichern der Gemeinde langfristig höhere Einnahmen als einmalige Landverkäufe. Nach Ablauf des Vertrages kann die Bevölkerung neu entscheiden, was mit Boden und Gebäuden geschieht – weil der Boden auch in Zukunft der Gemeinde Hochdorf gehört.

Die Sammelfrist begann am 1. Dezember 2016.

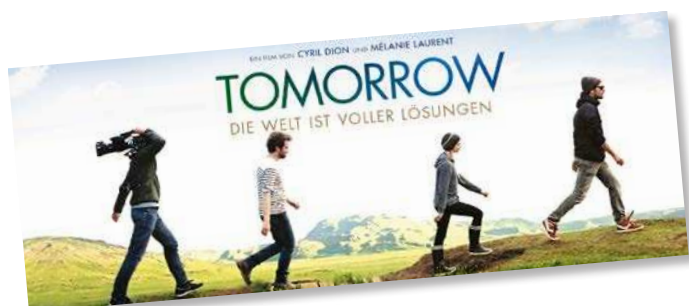
Das Initiativkomitee ist parteiunabhängig aus folgenden Personen zusammengesetzt: Barbara Schurtenberger, Hans Bächler, Moni Rast Meyer

Werner Meyer, Hochdorf

ORTS- UND WAHLKREISGRUPPE WILLISAU

VERANSTALTUNGEN**TOMORROW – DIE WELT IST VOLLER LÖSUNGEN**

Tomorrow, ein Film mit vielen ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Projektbeispielen, die dazu beitragen können, den globalen Kollaps aufzuhalten. Tomorrow belegt, dass die Welt voller Lösungen ist, sobald Menschen aktiv werden. Die Grünen Willisau zeigen den Film gemeinsam mit der SP Willisau und dem Naturschutzverein Willisau am 17. und 18. Januar 2017, um 20.00 Uhr im Kino Cinebar in Willisau zu einem reduzierten Eintrittspreis.

**HAUSBAU MIT STROH – EIN LÖSUNGSANSATZ**

Ein ökologisches und innovatives Beispiel neue Wege zu gehen, ist der Hausbau von Susanne und Valentin Arnold-Ramisberger. Ihr neues Wohnhaus erstellen sie mit dem Werkstoff Stroh. Am Samstag, 28. Januar 2017, 15.30 Uhr besteht die Möglichkeit den Rohbau zu besichtigen. Eine Führung durch die Bauherrschaft, ihre Erläuterungen zum Projekt sowie ein Film des Hausbaus geben Einblicke in diese nachhaltige Bauweise. Treffpunkt ist in Hüswil, Luthernstrasse 2.

Esther Müller, Willisau



DAS NEUE PARKPLATZREGLEMENT IST DER RICHTIGE ANSATZ, WENN KRIENS NICHT IM VERKEHR ERSTICKEN WILL

Ausser der SVP haben alle Parteien im Einwohnerrat erkannt, dass wir beim Verkehr vorwärts denken müssen und haben in einem konstruktiven Prozess ein neues, moderates Parkplatz-Reglement ausgearbeitet.

Um die kommende Siedlungsentwicklung zu steuern, braucht es einheitliche Reglemente. Wenn wir wollen, dass ein verstärktes Umsteigen vom Auto auf den öffentlichen Verkehr geschieht, wir vermehrt das Fahrrad benutzen und zu Fuss gehen, dann müssen wir das Potential ausschöpfen, dann müssen wir gemeinsam unterwegs sein.

Die Abstimmung über das neue Parkplatzreglement findet im Februar 2017 statt. Für uns Grüne ist es sehr bedeutend, dass dieses neue Reglement angenommen wird. Mit dem neuen Parkplatzreglement werden in Kriens u.a. folgende Ziele verfolgt:

- Erstellen einer bedarfs- und ortsgerechten Anzahl an Abstellplätzen durch aktuelle Bezugsgrössen bei der Berechnung des Normbedarfs
- Festlegen von ausgewiesenen Reduktionsgebieten
- Festlegen von angepassten und gebietsbezogenen Ersatzabgaben

Das neue Parkplatzreglement ist massvoll. Mit dem neuen Reglement wird die Parkplatzzahl weiterhin ansteigen, aber wenigstens so gebremst, dass das Strassensystem damit zurechtkommen sollte.

Wenn es uns nicht gelingt den Verkehr zu lenken, kann dies die Gemeinde oder Grundstückbesitzer und -besitzerinnen sehr teuer zu stehen kommen. Nimmt der Stau überhand und können die Gebiete nicht mehr vernünftig erreicht werden, würde dies bedeuten, dass sie als nicht erschlossen gelten. Das kann heissen, dass in diesen Gebieten keine Baubewilligung mehr erteilt werden kann und die Konsequenz für die Gemeinde wäre dann, dass sie Strassenraum erstellen muss. Was das für unsere Finanzen bedeutet ist uns allen klar: ein Desaster.

Selbst Investoren wünschen sich das neue Reglement, weil sie kein Interesse haben, mehr Parkplätze zu bauen als es braucht. Die CS bekräftigt heute schon, dass sie zu viele Parkplätze in ihrem Gebäudepark hat, die niemand will.

Das heutige System verlangt mehr Parkplätze als nötig. Ein Parkplatz in einer Tiefgarage kostet schnell mal CHF. 30'000.00 und mehr.

Obwohl niemand seinen Parkplatz verliert, obwohl weiterhin Parkplätze gebaut werden dürfen, obwohl alle wissen, dass wir zunehmend im Verkehr ersticken, obwohl alle wissen, dass das alte Parkplatzreglement gewerbefeindlich ist, weil Bauwillige Parkplätze bauen müssen, die niemand braucht. Trotz allen starken und vernünftigen Argumenten, trotz allem Entgegenkommen von links und rechts, die SVP gefällt sich wieder einmal mehr in der Rolle als prinzipielle Neinsagerin.

Wir sind euch allen deshalb dankbar, wenn ihr helft, die Abstimmung zu gewinnen. Wir Grüne Kriens wollen nicht die Probleme von heute mit Massnahmen von gestern lösen.

Tomas Kobi
Einwohnerrat Grüne Kriens

Ja zu Luzern Süd und zu weniger Stau.

JA ZUM PARKPLATZ-REGLEMENT

krienser-pp-reglement.ch

GRÜNE KRIENS
www.grüne-kriens.ch

krienser-pp-reglement.ch



Musikschule für Alle - Nein zur Halbierung der Kantonsbeiträge!

Gestützt auf § 24 der Verfassung des Kantons Luzern verlangen die unterzeichnenden Stimmberechtigten des Kantons Luzern eine Volksabstimmung über die Änderung des Gesetzes über die Volksschulbildung (Reduktion Kantonsbeiträge an Musikschulen) vom 12. Dezember 2016.

Der vorliegende Unterschriftenbogen darf nur Unterschriften von stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürgern des Kantons Luzern enthalten, die in der **gleichen Gemeinde** stimmberechtigt sind. Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren fälscht (Art. 282 des Strafgesetzbuches) oder wer bei der Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt (Art. 281 des Strafgesetzbuches), macht sich strafbar.

PLZ: _____ Gemeinde: _____ (es dürfen nur Personen derselben Gemeinde unterschreiben!)

Nr.	Name und Vorname <small>handschriftlich und in Blockschrift</small>	Geburtsdatum <small>(Tag/Monat/Jahr)</small>	Wohnadresse <small>Strasse und Hausnummer</small>	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle <small>leer lassen</small>
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					

Bestätigung der Stimmberechtigung (wird von der Gemeinde ausgefüllt)

Diese Unterschriftenliste enthält _____ (in Worten: _____) gültige Unterschriften
von Stimmberechtigten der angegebenen Gemeinde.

Der Stimmregisterführer / die Stimmregisterführerin
_____, den _____

Amtsstempel

Das Referendumskomitee: Franz Grimm (Präsident Verband Musikschulen Kanton Luzern VML) Seeblickstrasse 4, 6210 Sursee; Regula Ineichen (Präsidentin Musiklehrerinnen- und Musiklehrerverein des Kantons Luzern MLV), Eduard Huberstrasse 20, 6022 Grosswangen; Urban Sager (Präsident Verband des Personals öffentlicher Dienste VPOD, Kantonsrat SP), Hirschmattstrasse 54, 6003 Luzern; Olga Valmond (Schweizerischer Musikpädagogischer Verband SMPV), Wesemlinstrasse 62, 6006 Luzern; Peter Amrein (Kath. Kirchenmusikverband Kt. Luzern KKLK), Emmenbrücke; Birgit Auferbeck Sieber, Luzern; Heinz Bähler-Trinkler (Präsident Schule und Elternhaus), Luzern; Christine Bouvard Marty (Präsidentin Verband Musikschulen Schweiz, Gemeindepräsidentin CVP), Schüpfheim; Marcel Budmiger (Luzerner Gewerkschaftsbund LGB, Kantonsrat SP), Luzern; Annamaria Bürkli (Präsidentin Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverband LLV), Menzberg; Jörg Conrad (ehem. Solotrompeter LSO, Intendant, Einwohnerrat SVP), Horw; Jost Feer (ehem. Musikschulleiter, ehem. Beauftragter im DVS für die Musikschulen, CVP), Römerswil; Monique Frey (Kantonsrätin Grüne), Emmen; Daniel Gasser (ehem. Musikschulleiter, Kantonsrat CVP), Ebikon; Yannick Gauch (Präsident JUSO Kanton Luzern, Grossstadtrat JUSO), Luzern; Gerda Jung (Kantonsrätin CVP), Hildisrieden; Michael Kaufmann (Direktor Hochschule Luzern – Musik), Luzern; Marco Kunz (Musiker), Mauensee; Michael Ledergerber (Procap, Kantonsrat SP), Luzern; Urs Marti (Kantonsrat CVP), Zell; Katharina Meile (Co-Präsidentin Grüne Luzern, Kantonsrätin Grüne), Luzern; Eliane Müller (Musikerin), Hochdorf; Giorgio Pardini (Präsident Luzerner Gewerkschaftsbund LGB, Kantonsrat SP), Luzern; Walter Röllin (Präsident Musikschule Seegemeinden, Kantonale Musikschulkommission), Weggis; David Roth (Präsident SP Luzern, Kantonsrat SP), Luzern; Isabelle Ruf-Weber (Direktorin Stadttheater Sursee, Dirigentin), Sursee; Peter Schmid (Präsident Musikkommission des Luzerner Kantonal-Blasmusikverbandes), Luzern; Andy Schneider (Kantonsrat SP); Rothenburg; Urs W. Studer (Alt-Stadtpräsident, ehem. Bildungsdirektor), Luzern; Jona Studhalter (Co-Präsident Junge Grüne Kanton Luzern), Luzern; Michael Töngi (Kantonsrat Grüne), Kriens; Brigitte Troxler (ehem. Präsidentin kantonale Musikschulkommission), Willisau; Niklaus Troxler (Grafiker), Willisau; Susanne Truttmann (Kantonsrätin SP), Emmen; Priska Wismer-Felder (Kantonsrätin CVP, Jodlerin), Rickenbach; Martin Wyss (Verband des Personal öffentlicher Dienste VPOD), Luzern; Michael Zeier-Rast (Stellenleiter Entlebucher Musikschulen, Musikschulleiter Schüpfheim und Rain, Grossstadtrat CVP), Luzern; Roger Zurbriggen (Kantonsrat CVP), Neuenkirch.

Ablauf der Sammelfrist: 15. Februar 2017.

Bitte so schnell als möglich (auch teilweise ausgefüllt) zurücksenden an:
«Luzerner Allianz für Lebensqualität», Theaterstrasse 7, 6003 Luzern.

Musikschule für Alle - Nein zur Halbierung der Kantonsbeiträge!



Das aktive **Musizieren an Musikschulen ist Teil einer ganzheitlichen Bildung**. Alle Kinder und Jugendliche sollen – unabhängig von ihrem Wohnort und dem Einkommen der Eltern – von diesem Bildungsangebot gleichberechtigt profitieren können. **Die Halbierung** der Kantonsbeiträge an die kommunalen Musikschulen **gefährdet den Zugang zur musikalischen Bildung und die Chancengleichheit**. Sie reißt Gräben zwischen reichen und armen Gemeinden auf.

Die **Halbierung der Kantonsbeiträge führt zu massiv höheren Schulgeldern** und folglich zu einem grossen Rückgang der Schülerzahlen. **Familien werden zur Kasse gebeten** und die Luzerner Musikformationen verlieren ihre breite Basis. Der Musikkanton Luzern ist zu Recht stolz auf die Spitzenleistungen seiner Ensembles. Blasmusikvereine, Orchester, Chöre und andere Formationen brauchen gut ausgebildeten Nachwuchs. Ein Abbau bei den Musikschulen ist auch ein **Angriff auf die gelebte Musikkultur** in unserem Kanton.

Die Luzerner Bevölkerung hat mehrmals und jeweils deutlich JA gesagt zu **starken und in den Gemeinden verankerten Musikschulen**. Das Luzerner Erfolgsmodell «Musikschule – Gemeinde – Kanton» darf nicht wegen kurzfristigen Sparübungen gefährdet werden. Der Kanton soll weiterhin die Gemeinden mitfinanzieren. Schliesslich definiert er auch – richtigerweise – die Eckwerte, die für alle Musikschulen gelten. So kann die hohe Qualität gesichert werden. **Damit unsere Musikschulen und der Kulturstandort Luzern eine Zukunft haben!**

Mehr Infos: www.musikschulreferendum.ch | www.luzerner-allianz.ch



B

Nicht frankieren
Ne pas affranchir
Non affrancare

Geschäftsantwortsendung Invio commerciale risposta
Envoi commercial-réponse



Luzerner Allianz für Lebensqualität
Theaterstrasse 7
6003 Luzern

PRÄSIDIUM

NEUE CO-PRÄSIDENTIN, NEUER CO-PRÄSIDENT GESUCHT

Nach drei wilden Jahren inkl. dreier Wahlkämpfe legt Katharina Meile ihr Amt als Co-Präsidentin der Grünen Kanton Luzern nieder.

Für Ihre Nachfolge im gemeinsamen Co-Präsidium mit Maurus Frey suchen wir eine engagierte grüne Persönlichkeit mit viel politischem Interesse. Sie möchte den weiteren Weg der Grünen Kanton Luzern mit viel Engagement, etwas Zeitaufwand und mit Blick fürs Wesentliche mitbestimmen und mitbegehen.

Zu den Aufgaben gehört die Vorbereitung und Leitung von Vorstandssitzungen, das Führen des Sekis, der

Kontakt zu anderen Parteien, zu unseren Ortsgruppen und Mitgliedern. Das kantonale Präsidiumsmitglied ist Mitglied des nationalen Vorstands der Grünen Schweiz.

Der kantonale Vorstand hat mit Katharina Meile (katharina.meile@gruene-luzern.ch) und Edith Lanfranconi (edith.lanfranconi@gruene-luzern.ch) eine Findungsgruppe berufen, welche gerne weitere Auskünfte und Eindrücke zu dieser Aufgabe geben können.

Die Wahl ist für die Jahresversammlung am 23. Mai 2017 vorgesehen.

GRÜNE UNTERSTÜTZEN DAS REFERENDUM «MUSIKSCHULE FÜR ALLE»

Die direktbetroffenen Verbände sagen, zusammen mit der breiten Allianz für Lebensqualität, NEIN zu dem geplanten Angriff auf die gelebte Musikkultur. Die Kürzung gefährdet den Zugang zur musikalischen Bildung und die Chancengleichheit. Alle Kinder und Jugendlichen sollen – unabhängig vom Wohnort und dem Einkommen der Eltern – von diesem Bildungsangebot gleichberechtigt profitieren können. Nachdem der Kantonsrat bei den Leuchttürmen der Luzerner Kultur abbauen will, darf nicht auch noch die kulturelle Basis angegriffen werden! Auf dem Referendumsbogen stehen für die Grünen Katharina Meile (bis im Frühjahr 2017 als Kantonsrätin), Monique Frey und Michael Töngi, ebenfalls in ihrer Funktion als Kantonsrätin und Kantonsrat. Die Sammelfrist für die 3000 Unterschriften erstreckt sich zwischen dem 17. Dezember 2016 und dem 15. Februar 2017. Am 21. Januar ist ein gesamtkantonaler Sammeltag geplant. Damit unsere Musikschulen und der Kulturstandort Luzern eine Zukunft haben, rechnen wir mit der Unterstützung unserer Mitglieder und Sympathisanten.

ANZEIGE

ab Sonntag, 8. Januar, 11 Uhr

**JHERONIMUS BOSCH –
Touched by the Devil**

von Pieter van Huystee

11. Januar bis 26. Februar

**7 x
JIM JARMUSCH**

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse oder dem Monatsprogramm www.stattkino.ch

ab 19. Januar

SAFARI

von Ulrich Seidl

ab 26. Januar

THE FLORENCE FOSTER JENKINS STORY

von Ralf Pleger

ab 12. Januar

**UNITED STATES
OF LOVE**

von Tomasz Wasilewski

ab 12. Januar

**GESCHICHTE
DER NACHT**

von Clemens Klopfenstein

ab 2. Februar

**CAHIER
AFRICAIN**

von Heidi Specogna

ab Sonntag, 5. Februar, 11 Uhr

«4»

von Daniel Kutschinski

ab 9. Februar

ZAUNKÖNIG

von Ivo Zen

ab 16. Februar

**JEAN ZIEGLER –
Der Optimismus des Willens**

von Nicolas Wadimoff

stattkino

stattkino

im Bourbaki Panorama Luzern
Reservationen 041 410 30 60

ab Fr 24. Februar

PER SONG

von Dongwu Yuan

ab 9. März

SIERANEVADA

von Cristi Puiu

AGENDA



17. Dezember 2016 bis 15. Februar 2017

Sammelfrist Musikreferendum

JANUAR

5. Januar 2017, 19.30 Uhr, Bodoni

Podiumsdiskussion: Konsequente Förderung von Velo- und Fussverkehr

10. Januar 2017, 19.30 Uhr, Contenti

Mitgliederversammlung

14. Januar 2017, La-Chaux-De-Fonds

Delegiertenversammlung

17. Januar 2017, 18.00 Uhr, Neubad Luzern

Palaver: Grosse Träume, kleine Schritte, langer Atem

21. Januar 2017

Sammeltag Musikreferendum

FEBRUAR

12. Februar 2017

Abstimmungssonntag

PAROLEN

Die Parolenfassung findet an der kantonalen Mitgliederversammlung vom 10. Januar 2017, 19:30 Contenti Gibraltarstrasse 14, Luzern

Die Parolen der Grünen für die nationalen Volksabstimmungen vom 12. Februar sind ab 11. Januar auf gruene-luzern.ch online.

JAHRESKALENDER

Der eingeklebte Kalender in der Mitte dieses Rundbriefs gibt einen Überblick über das Grüne Jubiläumsjahr 2017. Wie ein Bravo-Poster vor 30 Jahren lässt er sich heraustrennen und aufhängen: als Familien- oder WG-Planer und mit den eigenen wichtigen Daten ergänzt.

